

Danziger Zeitung.

Nr. 7401.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postämtern angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — In Berlin: H. Albrecht, K. Reimer und K. H. Hoff; in Leipzig: Eugen Forst und H. Engler; in Hamburg: Hasenhein & Rogier; in Frankfurt a. M.: G. A. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schipper; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1872.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Amsterdam 2. Juli. Nationalversammlung. Präsident Thiers befragte nachmals die Hoffnungen, er versicherte, die Regierung denke nicht an ein Schutzsystem und erklärte, er werde in der Weise eines Compromisses auf die 93 Millionen eingehen, welche die Tarif-Commission aus der Hoffnungen herausgerechnet habe. Die Gewerbebesitzer treffe mehr die Reichen, als den armen Mann, sie werde auch die begüterte Industrie nicht ruinieren, da dieselbe von obiger Summe nur etwa 25 Mill. aufzubringen habe. Die Ausfuhr der Industrie werde nicht verringert, da deren Erzeugnisse nicht wegen ihrer Billigkeit, sondern ihrer Vorzüglichkeit wegen gesucht würden. Thiers hätte wiederholt um die Annahme der Hoffnungen, weil dieselbe die gerechteste, billigste und am wenigsten lästige sei. — Die Emission der Anleihe ist officiell am 28. und 29. Juli festgelegt worden.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 19. Juli. Der Schluss der Parlamentssession ist, wie die „Times“ heute meldet, für den 10. August c. in Aussicht genommen. Brüssel, 19. Juli. Nachrichten aus Moskau zufolge hat sich die Lage im Vorhinein günstiger gestaltet. Die Streitenden verhalten sich ruhig. Etwa ein Tausend derselben hat die Arbeit bereits wieder aufgenommen und ein noch größerer Theil hat erklärt, daß er wieder arbeiten wolle. New York, 18. Juli. Nach aus Texas hier angelangten Nachrichten dauern die Beunruhigungen des Landes durch Indianerstämme fort; es werden von denselben fortwährend Gewaltthatigkeiten und Ueberfälle ausgeführt.

Zum Kampfe gegen die römische Hierarchie.

Seit den letzten päpstlichen Rundgebungen ist es den Deutschen, zumal den preussischen, Bischöfen klar geworden, daß unsere Regierung es nicht mehr vermeiden kann und auch nicht mehr vermeiden will, gegen sie, wie gegen den Papst und überhaupt gegen die Stellung der römischen Kirche in unserem staatlichen Organismus, nicht mehr, wie bisher, nur abzuwehren, sondern angreifend vorzugehen, nämlich durch eine wesentliche Umgestaltung des Verhältnisses der Kirche zum Staate. Es ist daher dem bis dahin von ihnen fund gegebenen Charakter nur entsprechend, wenn die Hochwürdigsten Herren in ihrer Herzensangst jetzt nach Mitteln und Wegen zu irgend einer Art von zeitweiliger Einlenkung sich umsehen, obgleich ihnen selbst nicht entgeht, daß sie möglicher Weise damit zwischen zwei Stühlen sich setzen würden. Inzwischen befinden sie sich in einer Lage, in der man am Ende auch nach dem letzten Strohhalm greift. So hat der Fürstbischof von Breslau es zugelassen, daß in seinem eigenen Organ, der „Schlesischen Volkszeitung“, ein klar denkender Mann dem Papste und der herrschenden Partei in der römischen Kirche die Verfehrtheit und Verderblichkeit ihres Vorgehens, insbesondere Deutschland gegenüber, mit scharfen Worten vorhalten durfte. Obgleich er die neue Unfehlbarkeitslehre nicht verleugnet, rügt er doch die das deutsche Gewissen verletzende Art, in welcher diese Lehre dem Concil aufgebracht und dann von dem „heiligen Vater“ als Dogma procla-

miert worden ist. Vor Allem aber spricht er seine tiefe Besorgnis über die Folgen der feindseligen Haltung aus, welche die Jesuiten und der Papst persönlich, in der berühmten Rede von dem „Steinchen“ und dem „Colosse“ gegen das deutsche Reich eingenommen haben. Wenn die Regierer der römischen Kirche von dieser Feindseligkeit und von dieser Art des Kampfes nicht ganz entschieden abließen, dann, so prophezeit er, werden sie auf sich und auf die Kirche selbst daselbstes Schicksal und wahrlich noch ein schlimmeres herabbeschwören, als das, welches Frankreich durch ähnlichen Uebermuth und eine gleich kindische Unbesonnenheit sich bereitet hat.

Die Regierung hat Recht daran gethan, daß sie durch die ministerielle Provinzial-Correspondenz mitnehmen läßt von einer Rundgebung, welche doch zeigt, daß selbst innerhalb solcher katholischen Kreise, welche dem Papste und den Jesuiten bisher so unterwürfig sich bewiesen haben, noch vielfach ein richtiger Urtheil über die wirkliche Lage der Dinge und ein in der That vaterländisches Gefühl sich vorfindet. Aber eben so Recht hat die Regierung, daß sie einer solchen Rundgebung doch jeden nachhaltigen praktischen Werth abspricht. Es unterliegt gar keinem Zweifel, so etwa äußert sich die Provinzial-Correspondenz, daß dieselben Bischöfe und ihre Organe, die ihre ursprüngliche und oft so scharfe Opposition gegen die Unfehlbarkeitslehre schließlich doch auf das Andringen Roms in die eifrigste, zum Theil fanatischste, Propaganda für eben diese Lehre umgewandelt haben, daß diese Bischöfe auch jetzt, sobald der Vatikanische Blick noch einmal an ihrem Horizonte aufleuchtet, sich zum zweiten Male „auf löbliche Weise unterwerfen“, in das richtige Fahrwasser einlenken werden.“ Zugleich bestätigt das halb-offizielle Blatt die Vermuthungen und Befürchtungen des fürstbischöflichen Organs. „In den ersten Stadien des Kampfes“, so heißt es in der Provinzial-Correspondenz, hatte die Regierung sich „lediglich auf die Abwehr kirchlicher Uebergriffe beschränkt, ohne zum eigentlichen Angriff gegen die Stellung der Kirche vorzugehen. Erst die neuesten Rundgebungen einer offensibaren Feindseligkeit der päpstlichen Curie gegen das deutsche Reich haben die unbedingte Nothwendigkeit nahe gelegt, bei den weiteren Schritten der Staatsgewalt den tieferen Zusammenhang der kirchlichen Angriffe ins Auge zu fassen und hiernach die Mittel des Kampfes zu bemessen. ... Was geschehen kann und muß, wenn es „bitterer Ernst“ (die „Schles. Volkszeitung“) hatte nämlich diesen Ausdruck gebraucht wird, darüber ist die Staatsregierung im Großen und Ganzen schon jetzt nicht mehr im Ungewissen, und die nächsten Sessionen des Landtags und Reichstags werden darüber voraussichtlich schon einige Klarheit bringen.“

Wir erwarten, daß bis dahin aber auch die nöthigen administrativen Maßregeln nicht werden verabsäumt, und daß die für Landtag und Reichstag verheißenen Gesetzesvorlagen auf eine Neugestaltung der Verhältnisse, nicht bloß der katholischen, sondern eben so der evangelischen Kirche gerichtet sein werden.

Danzig, den 20. Juli.

Die „Provinzial-Correspondenz“ sagt, daß die Staats-Regierung darüber, was geschehen kann und muß, wenn es „bitterer Ernst“ wird, im Großen und Ganzen schon jetzt nicht mehr im Ungewissen sein

wird, und daß „die nächsten Sessionen des Landtags und Reichstags darüber voraussichtlich schon einige Klarheit bringen werden.“ Man wird berechnen, aus diesen Andeutungen des ministeriellen Organs den Schluss zu ziehen, daß die Regierung nicht mit weiteren Präventivmaßregeln, die, wie das Zeitungsgeflüster nur eine, und überdies noch zweifelhafte, vorübergehende Wirkung äußern, vorgehen, sondern mit größeren Organisationsgesetzen die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche vorbereiten wird. Die Gebiete, von welchen der Einfluß und die Macht der Kirche vor Allem abzuweisen sein wird, bieten sich gleichsam von selbst dar. Die Entscheidung, mit welcher der Ultramontanismus, gestützt und gestärkt durch die päpstliche Curie, seine dem deutschen neuen Kaiserthume feindlichen Pläne verfolgt, dürften auch den strengsten Conservativen die Augen über die dem Reiche zugebacht Gefahr geöffnet haben, so daß die Erwartung nicht unberechtigt ist, daß gesetzgebenden Vorschlägen der Regierung, die früher auf den Bänken der Rechten und in den Räumen des Herrenhauses einem entschiedenen Widerstande begegnet sein würden, bez. begegnet sind, die Zustimmung auch dieser Partei im Großen und Ganzen nicht fehlen wird.

Der internationale Gefängniscongreß in London hat seine Sitzungen geschlossen. Wenn derselbe auch zunächst keinen unmittelbaren praktischen Erfolg gehabt hat und haben konnte, so werden doch die dort gepflogenen Beratungen und die dort zum Ausdruck gelangten Ideen für eine künftige Reform des Gefängniswesens nicht verloren gehen. Für Deutschland ist dies von besonderer Wichtigkeit, da die wohl schon dem nächsten Reichstage vorzulegende Strafproceßordnung ja auch die einseitige Gestaltung des Strafvolles und der Gefängnis-einrichtungen, wenigstens in den wesentlichen Principien, wird ins Auge fassen müssen. Zwei Punkte verdienen hierbei besonderer Beachtung: der Art der Strafvollstreckung bei jugendlichen Verbrechern und die Art und Dauer der Einzelhaft. Mit beiden Punkten hat sich der Congreß in eingehender Weise beschäftigt. Der erstere bietet besondere Schwierigkeiten, insofern bei der verbrecherischen Jugend die Strafe vor Allem die Besserung des Sträflings bezwecken soll und die Herbeiführung derselben abhängig ist von der genauen Kenntniß der Individualität, eine Kenntniß, die in überfüllten Gefängnissen bei nicht ausreichendem oder nicht geeignetem Aufspäherpersonal nur sehr schwer und in seltenen Fällen zu erreichen sein wird.

Das conservative Abendblatt „Globe“ will wissen, daß die Einführung der geheimen Abstimmung in England schon mit dem Tage eintreten wird, an welchem die Ballotbill die königliche Genehmigung erhält, so daß schon die nächste Parlamentswahl nach dem neuen Princip stattfinden wird.

Aus Madrid wird von einem Attentat auf den König Amadeus berichtet. Da dieselbe glücklicher Weise mißlungen ist, so kann die Regierung nur zufrieden damit sein, daß ihre Gegner gerade in diesem Augenblick zum Verbrechen als politischem Mittel gegriffen. Denn sicher wird dieser Mordversuch auf den König nur einen sehr günstigen Einfluß auf den Ausfall der Wahlen im Sinne der Regierung haben.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Chancen für die Wahl Greeleys zum Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht durch den Zutritt der Demokraten besser geworden sind. Die

Deutschen halten bekanntlich in ihrer großen Mehrheit zur republikanischen Partei. Aber auch unter denen, welche Grant feindlich sind, will das Cincinnati „Tide“ (Greeley und Brown) nicht ziehen. Ein liberal-republikanisches Blatt, welches Grant möglichst übel will, sagt: „Die Abneigung gegen Greeley und Brown“ wächst bei den Deutschen zusehends, und es wäre vergebliche Mühe, dies verhehlen zu wollen. Wenn nicht noch ein Tide gegeben wird, für welches die deutschen Reformer mit ganzem Herzen ins Zeug gehen können, so werden die meisten derselben im November gar nicht stimmen. Einen Temperenzler zu schlucken, ist unseren Leuten zu stark — sie würden und würden und bringen die Gräten nicht hinunter. Wenn vollends, woran kein Zweifel sein kann, die demokratische Parteiversammlung zu Baltimore Herrn Greeley für ihren Mann erklärt, (was inzwischen geschehen ist), so wird sich unter den Deutschen der Widerwille gegen den Redacteur des Newyork Tribune nur noch mehr. Wie aber werden die Anreger der Cincinnati Convention daselbst, wenn sie schließlich darauf angewiesen sind, als Schildknappen der ehemaligen Rebellenpartei zu kämpfen? Jetzt handelt es sich für die Republikaner in der That um eine feste Zusammenschauung, damit der im Kriege geschlagene Feind nicht durch eine Welle ins Capitol dringt und sich der politischen Gewalt wieder vermittelst der Abstimmung bemächtigt.“

Deutschland.

△ Berlin, 19. Juli. Der wirkliche Geheime Rath Graf v. Ulfeld (früher Gesandter in Turin) hat das Amt eines Generaldirectors der königlichen Museen vorerst commissarisch übernommen und seinen Amtsantritt den einzelnen Abtheilungsdirectoren durch Rundschreiben angezeigt. Ob die nach der, unter den Auspicien des verstorbenen Olfers, durch Herrn Sibbe vollzogene Verunstaltung des Andrea del Sarto, von Herrn v. Müller noch beantragte, allerhöchst genehmigte Instruction für den Generaldirector auch auf den Grafen Ulfeld Anwendung findet, ist nicht bekannt. Möglich ist es immer, daß unter den jetzt veränderten Verhältnissen auch von den Bestimmungen der Instruction abgesehen worden, zumal letztere eigentlich hauptsächlich für und auf Olfers paßte, der jedoch nicht mehr ins Amt getreten war, so daß sie in abstracto aufgestellt schien. Bei dieser Gelegenheit ist übrigens zu erwähnen, daß die Stelle eines Directors der Gemäldesammlung, welche bis zu seinem 1869 erfolgten Tode Waagen inne hatte, noch nicht wieder besetzt ist. Der verstorbenen Waagen, eine Autorität seines Faches, war an der sogenannten Restauration des Bildes von Sarto ganz unschuldig, und es entspann sich nachher ein Zeitungsstreit, in welchem Waagen gegen seinen Chef Olfers auftrat. Wem ist übrigens der dritte Generaldirector der Museen, welche am 3. August, 1830, also vor nun bald 42 Jahren eröffnet worden. Der erste Leiter war Graf Carl v. Brühl, welcher bis dahin Generalintendant der Schauspiele war, und nun auch als Generalintendant der Museen eine Hofcharge bekleidete. Ihm folgte nach seinem Tode Hr. v. Olfers, welcher sich bis dahin eigentlich nur als Botaniker bekannt gemacht hatte. Bei König Friedrich Wilhelm IV. stand er in hoher Gunst und in seiner Stellung sehr unabhängig, obgleich er doch vom Unterrichtsminister ressortirt. Olfers trat, wenn auch nicht ostentabel,

Die deutschen Ostmarken.

Jubiläumserörterungen.

VI.

Wieder Daheim. 2.

Wir sprachen von doppelten Prüfungen, die unser Grenzland seit der Wälder in die Heimath befand: Prüfungen trügerischen Glücks und schwerer, anbauender Noth. Die ersten brachten jene verhängnisvollen beiden Jahrzehnte, die dem Tode Friedrichs des Großen folgten. Was die erste Theilung Polens, so weit Preußen in Frage kommt, politisch recht fertigt: schwere, bringende Noth der Zeit, durchschlagende Wichtigkeit, ja Nothwendigkeit des neuen Erwerbes für die Vervollendung des unfertigen Staates, alte nationale Beziehungen: alle diese Erwägungen kommen der zweiten, oder gar der dritten Theilung Polens wenig oder gar nicht zu Gute. Polen machte 1791—1793 den ersten, ernstlichen Versuch innerer Erneuerung auf der Grundlage einer geordneten Regierung. Das preussische Cabinet hatte diesen Versuch ermutigt. Daß dann unter Rußlands Einfluß ein völliger Umschlag erfolgte, daß man sich einen wenig rühmlichen Antheil an der schließlich Verwüstung Polens anfordern ließ, um sich durch Neu-Ostpreußen und Südpreußen zu bereichern: alle diese Dinge hängen mit den trüblichen Erinnerungen unserer Geschichte zusammen, mit dem Preisgeben der deutschen Westgrenze und der süddeutschen Bundesgenossen, mit dem Separatfrieden von Basel, mit den trostlosen Transactionen des Kasatter Congresses und Reichs-Haupt-Deputations-Schlusses. Während der nationalen Geist des kommenden Jahrhunderts, mit den „philosophischen“ Ideen des dahin schwindenden verbunden, in Frankreich die historischen Formen zerschmetternd durchbrach, heilste und intrigante man um deutsche und polnische Volks- und Landesbrüder, machte man princip- und voraus-sichtlich die Staatsformen des großen Friedrich zu Werkzeugen ganz materieller, kleinlicher Selbstsucht. Waffen von ganz fremdartiger Natur wurden dem Staate angeflügelt, ohne daß dieser durch gesteigertes Kraftbewußtsein in der Lage war, sie zu verarbeiten. Ueber die neuen polnischen Provinzen breitete ein Beamtenthum sich aus, dem es vielfach an gutem

Willen, ja Begeisterung und Intelligenz nicht fehlte, desto mehr aber nur zu oft an der festen, entgegengesetzten Pflichttreue der fredericianischen Zeit. Daß man auf diese Weise den Polen nur mäßig imponierte, darf nicht Wunder nehmen. Dennoch schienen die augenblicklichen Erfolge zunächst das gewohnte Selbstvertrauen zu rechtfertigen und speziell für die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Küstenlandes eröffneten sich Ausichten, die ihr Blendendes hatten. Während des Weltkrieges der großen Seemächte war Preußen seit 1795 neutral, in vollem Besitze des freien Verkehrs. In unsern Häfen verprezentirten sich zu gutem Theil die englischen, holländischen, unsern überseeischen Import stand ein Hinterland offen, wie wir es noch niemals besaßen. Man genoß in Preußen den voraus genommene Lohn dessen, der, unangenehmen Pflichten sich entziehend, die Zukunft der Gegenwart opfert. Der Wohlstand nahm zu, das Wohlleben mit ihm; die Erinnerung an Friedrichs Größe, der Anblick dessen, was man noch „Friedrichs Heer“ nannte, erzeugte das Gefühl der Sicherheit, so sehr die Ereignisse von 1792—94 an der französischen Grenze, die von 1793—1795 in Polen schon zum Nachdenken auffordern mochten und dabei nahmen die bessern Stände der Provinz, an dem geistigen Aufschwunge des classischen Jahrzehnts ihren richtigen Antheil: verjammelte sich doch gerade damals in Königsberg die Blüthe der deutschen Jugend zu Kant's Füssen, um aus der Quelle des freien, sittlichen Gedankens zu schöpfen. Es war Alles in Allem mit Nichten eine Periode des Verfalls, wie man wohl gesagt hat, in welche wir mit dem Mutterlande hinein trieben: wohl aber kam unserer an Wohlstand, Bildung und Lebensfreudigkeit mächtig wachsenden Gesellschaft der innige Zusammenhang mit dem Staate abhanden, und doch hatte sie noch nicht Zeit und Gelegenheit gehabt, die Organe zu schaffen, welche dessen nicht mehr zulässige Wirkung vervollständigen konnten. Die Bureaucratie war intelligent, aber kritisch, ohne rechten Respekt vor der obersten Leitung. Die Armee, in Abel angebrachter Sparsamkeit meist abgebrauchten Führern anvertraut, ruhete auf Porzellan, die sie selbst nicht einmal mehr ersetzten. Die höhern Claf-

sen und die führenden Spitzen des Mittelstandes lösten sich in der Treibhauswärme einer aristokratischen Idealisirung von dem Durchschnittsbewußtsein des Volkes, die erwerbenden Classen behagten sich im Genuß eines Wohlstandes, den man doch nur ganz ausnahmsweisen, unsicheren Verhältnissen dankte. Da kam denn der Umschlag mit vernichtender Gewalt. Specieell für die Provinz brachte schon das Jahr 1805 das Vorbild der Tragödie. Pölgerei war unser Seehandel durch die Neutralität während des Weltkrieges geworden. Wie Hengst gold schwand er zu gutem Theile dahin, als Preußen sich von Napoleon Hannover schenken ließ und England dafür unsere Schiffe nahm. Die preussische Rheederei hat den Schlag bis heute noch nicht vollständig verwunden. Da kam der Umsturz von 1806. Er traf uns mit doppelter Wucht. Zwischen Franzosen und Russen eingeklemmt, hatte Altpreußen von December 1806 bis zum Juli 1807, und über den Friedensschluss hinaus, alle Lasten eines erbarmungslosen Requisitionskrieges zu tragen, (die Kriegsschulden von Königsberg, Danzig, Elbing bezogen es noch heute) und gleichzeitig brauchte der Polenaufruf aus Südpreußen und Neustpreußen heran, den ganzen Organismus der Gesellschaft bedrohend. Unsere Zusammengehörigkeit mit Deutschland, erst seit einem Menschenalter neu begründet, wurde einer Probe unterworfen, vollauf so hart, wie unsere Vorfahren sie in den Tagen von Tannenberg und Marienburg erlebten. Daß und wie die Westpreußen von 1806 bis 1813 sie bestanden haben, wird Angehörte unseres Jubelfestes ja wohl ohne Unbedenklichkeit mit Genugthuung gesagt werden dürfen. Nicht nur die gesammten Deutschen Westpreußens, auch die große Mehrzahl des polnischen Landvolks blieb den Forderungen der Landesfeinde vollkommen unzugänglich. Von währenden Beweisen der Liebe und Anhänglichkeit wurde die städtische Königsfamilie empfangen. Jene unerhörten Capitulationen, der eigentliche dunkle Fleck von 1806, nahmen an der Westpreußen ein Ende. Danzig, Graudenz, wie später Pillau, wetteiferten mit Colberg, Silberberg und mit den Resten der Armee, um aus dem allgemeinen Unglück die Ehre des Preussennamens zu retten.

Bevölkerungen und Beamte traten dem siegreichen Feinde durchweg in fester, männlicher Haltung gegenüber; und diese Haltung blieb dieselbe, als später der Frieden neue, härtere Opfer verlangte, als der Staat den Credit der Städte, die letzte Kraft des Gutsbesizers in Anspruch nehmen mußte, um das Land zu befreien; als der russische Feldzug fünf Jahre später den letzten Tropfen auspreßte, als dann endlich der Frühling von 1813 zur Erlebung rief. Der Aufruf des Königs begegnete in Westpreußen keinem Unterschiede an den alten Stammländern der Monarchie. Bei Großbeeren, Dennewitz, Lützen, an der Raschau, bei Wartenberg, Leipzig, unter den Wällen von Danzig haben die Westpreußen ihren Eintritt in die preussisch-deutsche Familie, zu gleichem Recht und gleicher Ehre, so vollstündig gezahlt, wie ihre Enkel fünfundsiebzig Jahre später vor Mes, bei St. Quentin, bei Dijon, Villersezel und Belfort. Wenn die Polen die Provinz reclamiren, so mögen sie erst einmal diese Namen aus unserer Geschichte und aus unsern Herzen verlöschen. Das alte, ehrwürdige Danzig hatte den bittersten Kelch bis auf den letzten Tropfen zu leeren. Seine Rückkehr zum Vaterlande, nach der Trennung von 1807 bis 1814, ging durch die Schreden der Schreden und nachdem der wälsche Feind endlich gewichen, bedurfte die Befreiung aus den Umarmungen des russischen Freundes noch der ganzen Energie und Ausdauer der preussischen Führer.

Dann hat, mit dem Jahre 1815, für unsere Provinz eine neue Epoche begonnen, deren gerechte Auffassung die allerhöchsten Ansprüche an den Beurtheiler macht. — Es ist eine, auch hier nicht zu verheimlichende Thatsache, daß die herzlichen Beziehungen zwischen der Staatsregierung und dem alten Preußenlande seither sich nicht in gleichmäßiger Stärke erhalten haben. Es sind Bestimmungen vorgekommen, die Provinz hat sich vernachlässigt geglaubt, die Regierung hat aber ungerechtfertigte Opposition gelegt. Es schienen sich für gewisse Momente fast jene Stimmungen für die ganze Provinz zu erneuern, die den Helden des siebenjährigen Krieges während des letzten Vierteljahrhunderts seiner Regierung von Königsberg fern hielten. In

in Folge der Sarto-Angelegenheit, zurück, erkrankte dann und wurde in den Ruhestand versetzt. Das Interim dauerte bekanntlich sehr lange und es hieß Anfangs, daß der Kaiser von Oesterreich die Stelle erhalten sollte, aber in der That nicht erhielt. — Wie bekannt, feiert am 3. d. M. das D. N. preuß. Feld-Art.-Regiment No. 1 sein hundert-jähriges Bestehen, das in gewisser Beziehung mit der Wiedererhebung (so lautete der amtliche Ausdruck vor hundert Jahren) Westpreußens für das preussische Stammland Zusammenhang hat. Für die Jahrhundertfeier ist der 3. August als der Jahrestag der Geburt König Friedrich Wilhelms III. bestimmt worden, wohl weil sich kein bestimmter Gründungs-tag feststellen ließ.

Nach einer dem „Avenir de Sardaigne“ aus Cagliari zugegangenen Nachricht hat der deutsche Consul in Tunis von der dortigen Regierung die Bezahlung einer dem Bankhause Erlanger schuldigen Summe von 5 Millionen Francs gefordert, der italienische Consul aber seine freundschaftliche Vermittelung angeboten. (W. T.)

Der katholische Divisionspfarrer Pannemann zu Köln, dem bekanntlich bereits am 1. Juni der Gouverneur v. Frankenberg die Ausübung seiner geistlichen Functionen beim Militär untersagt hatte, ist, nach der „Rhein- und Ruhr-Ztg.“, vor ein paar Tagen nunmehr auch von den Ministerien des Krieges und des Cultus von seinem Amte suspendirt worden. Zugleich ist er in Disziplinar-Untersuchung gezogen und der Divisions-Auditeur, Justizrath Krieger, als Untersuchungscommissar bevollmächtigt.

Oesterreich. Wien, 17. Juli. Nach einer Mittheilung der „N. Fr. Pr.“ wurde von Seiten des Statthalters von Oberösterreich ein Rundschreiben erlassen, mittels dessen die betr. Beamten aufgefordert werden, darüber Bericht zu erstatten, ob in ihren Amtsbezirken von einzelnen Arbeitern nicht geheime Abzeichen der „Internationale“, als da sind: Stednadeln von weispolirtem Metall in Form einer altmodischen Gabel oder von zwei um den Stiel eines aufwärts stehenden Hammers vereinten Händen, ferner Leberlappen mit aufstrebendem Schilde, rothe Halschleifen, blaue Blousen, rothe Cocarden auf der inneren Seite des Rocks oder sonstige auffällige Abzeichen getragen werden. Ähnliche Nachforschungen sollen gegenwärtig auch in den übrigen europäischen Staaten gepflogen werden.

Pest, 18. Juli. Der „Pester Lloyd“ verweist heute die Gerüchte von einem Jesuiten-Ueberwachungs-Gesetz, das von Andrassy beabsichtigt wäre, entschieden in das Reich der Erfindung.

Karlsbad, 17. Juli. Gestern kam den hiesigen Behörden die officielle Anzeige zu, daß die Ankunft des Kaisers Napoleon am 20. d. erfolgt. Eugenie kommt nicht.

Schweiz. Bern, 17. Juli. Ein Engländer wurde gestern in einem öffentlichen Hause ermordet; das Publikum verlangt energisch die Regelung der offen und schamlos betriebenen von der hiesigen Polizei geduldeten und gescheuten Prostitution.

18. Juli. Vor der vereinigten Bundesversammlung hat heute der neu gewählte Bundesrath Oberst Scherer den Eid der Treue geleistet; derselbe wird das Finanzdepartement übernehmen. Seinem Wunsche, daß ihm das Commando über den diesjährigen Zusammenzug der Bundesarmeen, womit er vor seiner Wahl zum Bundesrath beauftragt worden war, belassen werden möge, ist von der Versammlung entsprochen worden. — Der englische Eisenbahnbau-Unternehmer Napier ist mit der Nachricht heute hier eingetroffen, daß in England 50 Millionen für die Splügenbahn gezeichnet worden seien. (W. T.)

England. London, 18. Juli. Man besorgt, daß Anfangs October der Preis der Kohle, dieses sogenannten zweiten Lebensbedürfnisses, wahrscheinlich eine solche Höhe erreichen wird, daß die ärmeren Klassen ihn nicht mehr werden erschwingen können. „Daily News“ sucht indes diese Befürchtungen nach Möglichkeit zu beschwichtigen. „Unsere Vorkursen“ meint das Blatt, „sind wirklich noch nicht völlig entwickelt. Es werden neue Kohlenfelder entdeckt und die hohen Kohlenpreise werden sicherlich das Capital auf deren Entwicklung lenken. Die hohen Preise sind das Resultat ausnahmsweiser Ursachen, und obwohl es schwierig ist, zu errathen, wie lange diese Ursachen operiren mögen, so ist die eigentliche That-

sache, daß sie ausnahmsweise sind, eine Garantie dafür, daß sie nur temporär sein werden. Der Eisenhandel concurrirt mit den Haushaltungen des Königreichs — die Schmelzhöfen mit den Küchenfeuern. Aber man darf nicht erwarten, daß die gegenwärtige merkwürdige Theiligkeit des Eisenhandels anhalten wird und beim ersten Stöße wird der Preis der Kohle abwärts gehen.“

Unterhaue. Auf eine Anfrage Arbutnot's antwortete Gladstone, England habe die betrefsende Vertheidigung Canadas eingegangenen Verpflichtungen erfüllt und halte letzteres für competent und durchaus befähigt, über die Vorklebrungen zu seiner Vertheidigung selbst Bestimmungen zu treffen. — Lord Enfield beantwortete eine Anfrage Smith's dahin, Frankreich habe für den 24. September einen Congress der europäischen Staaten beabsichtigt, um einen gemeinsamen internationalen Maß- und Gewichtssystems vorgeschlagen. England werde auf diesem Congress vertreten sein. (W. T.)

Frankreich. Paris, 17. Juli. Die Stimmung zwischen Thiers und der Rechten bleibt eine durchaus gereizte. Man ersticht das z. B. aus dem Tone, in welchem das Organ des Präsidiums, das „Bien public“, die Verfassungsfrage bespricht. Es heißt da: „Man schreibt einer Fraction der Nationalversammlung, der Rechten, die Absicht zu, die Session bis zum 15. August zu verlängern. Erste Leute ohne vorgefasste Meinung dachten, es wäre gut, eine Session, deren Sitzungen nicht immer durch Ruhe und Friedfertigkeit geklärt haben, vor Emission der Anleihe zu schließen, und vielleicht nicht passend, in Versailles zu discutiren, während die Schalter der Anleihe geöffnet wären, weil trotz des Patriotismus der Mehrzahl irgend ein exaltirter Kopf diese oder jene Interpellation vom Stapel laufen lassen könnte, deren Wirkung die Flucht der Unterzeichner wäre. Ernsthafte Leute hatten das gedacht; aber die Nationalversammlung — die Rechte wenigstens — denkt anders. Wenn die Mehrheit der Rechten Recht giebt, so wollen wir uns unterwerfen; bis dahin erlauben wir uns, anzusprechen, die Nationalversammlung würde Unrecht haben, der Rechten Recht zu geben.“ — Dagegen die Militärgesetze bereits über 32,837 Angeklagte ihr Urtheil gefällt haben so ist doch noch auf lange Zeit das Ende dieser Verhandlungen nicht zu erwarten, indem noch 18,000 Verhaftete vorhanden sind, deren Urtheil noch gefällt werden muß. Man rechnet, daß davon die Hälfte vor die Militärgesetze gestellt werden wird.

Ueber die heutige Kammer Session, in der die heftige Scene zwischen Thiers und der Rechten stattfand, bringt nun der spezielle Bericht noch Folgendes: Die Rechten hatte gesagt: Es ist unumgänglich, daß man der Vermehrung der militärischen Ausgaben ein Ziel setzt. Man darf nicht glauben, daß diese Vermehrungen uns Allianzen in Europa sichern. Die Budget-Commission von 1873 muß hauptsächlich die Ausgaben im Auge haben. Unsere Wähler werden uns sagen: Sie haben allen Steuern Ihre Zustimmung gegeben und Sie haben keine einzige Ersparniß erzielt. Bei diesen Vorwürfen will ich mein Gewissen rein bewahren. Thiers eilt nun wieder in sichtbarer Erregung nach der Tribüne und ruft: „Sie haben Ihr Gewissen, ich achte es, aber Sie werden gestatten, daß ich auch das meine achte. Was man verlangt, ist die Desorganisation der Armee. (Beifall links.) Ja, es ist wahr, daß die Ausgaben für die Armee vermehrt worden sind. Warum? Weil die Regierung will, daß Frankreich stark ist. (Beifall links.) Niemals werde ich zur Verminderung der Armee meine Zustimmung geben! Wenn Sie nicht meiner Ansicht sind, so übernehmen Sie die Regierung. Machen Sie das Budget und suchen Sie Allianzen zu erhalten. (Aufregung.) Wenn die Allianzen auf andere Weise zu erhalten sind, als die meine, so bringen Sie mir hier einen ernsthaften Mann her. (Furchtbarer, langanhaltender Lärm. Zur Ordnung! Zur Ordnung! Das ist insolent.) Thiers: Verlangen Sie nur den Ordnungsruf! Ich werde froh sein, wenn er mir erteilt wird, denn die Last, die Sie mir auferlegt, ruht schwer auf mir. Verlangen Sie eine motivirte Tagesordnung! Verlangen Sie den Ordnungsruf! Ich fordere... (Thiers weist mit der Rechten seine geballte Faust.) Ich fordere Sie heraus, ihn zu verlangen. (Furchtbare Erregung. Zur Ordnung! Zur Ordnung!) — Präsident Grövy: Niemand hat das Recht, den Ordnungsruf zu ver-

langen oder auszusprechen, als der Präsident. — Thiers: Reichen Sie eine motivirte Tagesordnung ein; reichen Sie dieselbe ein. (Sehr gut! auf der Linken.) Man muß sich offen erklären. . . . Wollen Sie, ehe wir uns trennen, die Vertrauensfrage? Wenn ich bleibe, so geschieht es wegen der Lage des Landes. Ich kann ohne Ihr Vertrauen nicht vor den Credit Europa's hintreten. Wenn Sie mit der Regierung nicht zufrieden sind, so sagen Sie es, aber wenn Sie Ihre Opposition, die, gestatten Sie mir, es zu sagen, mehr politischer als finanzieller Natur ist, nicht rechtfertigen können (Lärm), so werde ich, so lange Sie mir nicht das Gegentheil erklären glauben, daß ich Ihr ganzes Vertrauen habe. (Lange Erregung.)

18. Juli. Heute Abend hat eine Ministerrathssitzung stattgefunden, welche sich mit der neuen Anleihe beschäftigte. Definitive Beschlüsse über die einschlägigen Fragen sind noch nicht gefaßt, und wird das Ministerium morgen die Erörterung derselben fortsetzen.

Griechenland. Athen, 18. Juli. Das Gesamtministerium hat, weil ein Einverständnis mit der Kammer in der Laurionfrage nicht zu erzielen war, seine Entlassung eingebracht. Der König hat Deligeorgius zur Berathung über die Bildung des neuen Cabinets berufen.

Danzig, den 20. Juli.

In dem benachbarten Baborz Poppot herrscht in diesen Tagen unter den Gemeindegliedern eine außergewöhnliche Bewegung. Auf Anordnung der höheren Instanzen hat das dortige Domänen-Rentamt, ungeachtet des Protestes der Gemeindeversammlung von Poppot, eine etwa der gesamten jährlichen Communalsteuer gleichkommende außerordentliche Steuer zur Erweiterung der dortigen katholischen Schule ausgesprochen und soll dieselbe erforderlichen Falls in den nächsten Tagen executivisch beigetrieben werden. Der Fall wirkt ein so großes Licht auf unsere heutigen Gemeindeglieder, daß man sich auf dem Lande, daß wir nicht umhin können, ihn, soweit uns von den Theilhabenden darüber eine Information zugeht, etwas ausführlicher zu erörtern. Bekanntlich bilden Poppot, Thalmühle, Steinfließ einerseits, und Karlau, Schmirau, Hochwasser andererseits, zwei besondere politische Gemeinden. Hochwasser ist, beiläufig bemerkt, neuerdings definitiv der Gemeinde Karlau-Schmirau einverleibt. Die Mitglieder beider genannten Gemeinden, welche nahe beieinander liegen, unterhalten gemeinschaftlich ihre Schulen, die evangelischen bilden die eine, die katholischen die andere Schulsocietät. Jede Societät unterhält eine einklassige Schule. Seit mehreren Jahren hat sich ein Bedürfnis zur Erweiterung der katholischen Schule, welche ein Geschenk des Fürstbischöfs ist, der früher in Oliva wohnte, geltend gemacht; wie dringend dasselbe ist, mag aus der Thatsache hervorgehen, daß die einklassige katholische Schule nur Raum für höchstens 80 Kinder hat, während in den beiden zur Schulsocietät gehörigen Gemeinden sich 218 schulpflichtige katholische Kinder befinden. Schon seit Jahren wird vergeblich über die Erweiterung der katholischen Schule verhandelt. Die Mitglieder der Societät erklärten stets, sie seien nicht im Stande, den Bau aus eigenen Mitteln zu bekreiten und auch die Kgl. Regierung zu Danzig soll die Insolvenz der Societät anerkannt haben. Es wurde darauf an die politischen Gemeinden Poppot und Karlau-Schmirau die Forderung gestellt, für den Erweiterungsbau die Kosten zu bezahlen. Die Gemeindeversammlungen von Poppot und von Karlau-Schmirau protestirten gegen eine solche Zumuthung; aber sie erklärten sich bereit, die bisher den Schulsocietäten obliegenden Pflichten als eine Gemeindeflast zu übernehmen, wenn man ihnen gestatte, eine gemeinsame Schule für die katholischen und evangelischen Kinder einzurichten und wenn den Gemeinden zu diesem Zwecke das Schulhaus, in welchem sich die katholische Schule befindet, zugewiesen würde. Sie würden alsdann eine dem Bedürfnis entsprechende vierklassige Schule sofort einrichten. Mehrere Jahre lang ist hin und her verhandelt und protestirt und die Angelegenheit jetzt schließlich auf Anordnung des Cultusministeriums durch Befehl der Kgl. Regierung zu Danzig auf Grund des § 37 der Schulordnung für die Provinz Preußen vom 11. Decr. 1845 (wonach der Regierung die Prüfung der Nothwendigkeit und der Art der Ausführung eines

Schulhauses nach den darüber bestehenden allgemeinen Verordnungen zusteht, sowie die Befugniß, die Beiträge zum Bau mit Vorbehalt des den Theilhabenden unter sich freilebenden Rechtsweges festzusetzen und einzuziehen) bestimmt, daß sofort mit der Einrichtung von zwei neuen Klassen an der katholischen Freischule vorgegangen werde und daß der dazu erforderliche Betrag von 1800 R. von den politischen Gemeinden Poppot und Karlau-Schmirau sofort beigetrieben werde.

Mit der Ausführung dieser Anordnung sind die Localbehörden in Poppot gegenwärtig beschäftigt und es ist begreiflich, daß dieselbe eine ungewöhnliche Bewegung hervorruft. Es ist in der That auch vollständig unverständlich, weshalb das Cultusministerium den, wie wir glauben, einzig correcten Vorschlag der politischen Gemeinden Poppot und Karlau-Schmirau von der Hand gewiesen hat. Es ist doch ein für die Dauer ganz unhaltbarer Zustand, daß die genannten Gemeinden die Kosten für die katholische Schule allein aufbringen sollen, während die Kosten für die evangelische Schule nicht von der Gemeinde, sondern von den Mitgliedern der Societät getragen werden. Der Weg, auf welchen die Gemeinde-Versammlungen hinwiesen, war noch in anderer Beziehung ein in hohem Grade erwünschter und er muß betreten werden, wenn man nach dem Zustandekommen der Kreisordnung mit der Bildung lebensfähiger Gemeindeverbände vorgehen will. Poppot, Karlau, Schmirau und Hochwasser bilden naturgemäß eine Gemeinde, die zugleich Amtsbezirk werden kann. Schon aus diesem Grunde ist die Entscheidung des Cultusministeriums sehr zu bedauern; die Unterhaltung einer gemeinsamen Schule wäre die Anbahnung zu einer vernünftigen Gemeindebildung gewesen. Art. 24 der Verf. (Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen) kann doch unmöglich die Bedeutung haben, daß man unbedingt überall eine evangelische oder eine katholische Schule haben müsse; dieser Artikel sagt vielmehr, daß man da, wo die Umstände und namentlich das Interesse des Unterrichtes selbst es verlangen, von der Errichtung gesonderter Schulen absehen müsse. Hoffentlich wird das Ministerium noch in letzter Stunde seine bisherige Entscheidung ändern und dem gerechten Verlangen der beiden Gemeinden Rechnung tragen. Wie uns mitgeteilt wird, haben auch die Mitglieder der katholischen Schulsocietät, die früher allerdings gegen die Errichtung einer gemeinsamen Schule protestirten, bei den letzten Verhandlungen gegen dieselbe nichts eingewendet.

Bei der heute stattgehabten Wahl eines Abgeordneten zum Provinzial-Landtage für den Danziger Landkreis wurde der bisherige Abgeordnete Herr Deichhauptmann Mix-Kriestohl wiedergewählt. Zum ersten Stellvertreter wurde Herr Carl Wessel-Stäblan, zum zweiten Stellvertreter Herr Schwarz-Rangenau gewählt.

Nach einer dem Vorsteher-Amte der Kaufmannschaft zugegangenen Mittheilung, ist der von der Firma For & Co. zu Falmouth auf dem Lizard errichtete optische Telegraph mit dem Staats-Telegraphen in Verbindung gesetzt worden.

Seit dem 15. d. M. ist für den Transport von Steinkohlen und Coaks in Quantitäten von je 200 St. von verschiedenen Stationen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn und der Station Hamm der Westfälischen Eisenbahn nach den Ostbahn-Stationen Neuenhagen (2. Station von Berlin) bis Kreuz, so wie Danzig und Neufahrwasser, ein Specialtarif in Kraft getreten, welcher auf allen Stationen ausliegt.

Der Bicar Hr. v. Felslow erklärt im „Kath. Kirchenbl.“, daß seine Verlesung nach Conty mit seiner hiesigen Verurtheilung in keinem ursächlichen Zusammenhang stehe, da die letztere bereits am 23. Juni decretirt war, während die letztere erst am 4. Juli erfolgte. Zugleich theilt er mit, daß auf seinen Wunsch in Folge des Processes das Verlesungsdecret vorläufig zurückgezogen sei.

Es ist in unserem Blatte in einer Zuschrift an die Redaction darauf aufmerksam gemacht worden, wie dringend das Bedürfnis einer Rothbrücke am Petersbagerthore ist, da der außerordentlich starke Verkehr auf dieser Stadttheile ausschließlich durch das Gelethor geleitet werden muß und dieser durch das Ueberkreuzen der Eisenbahn noch Unterbrechungen erleidet. Wie wir hören, wird die Fortificationsbehörde diesem Uebelstande abhelfen und sobald der Festungsgraben am Petersbagerthor ausgefüllt ist, die eine Seite des gewonnenen Terrains zu einer Rothbrücke benutzen.

Nächsten Mittwoch, 24. Juli, findet in Poppot im Ruckhale eine musikalische Soirée statt, gegeben von der Sängerin Frau Kabsam-Belitz,

getrennten Provinzen geistigen Zusammenhalt, dem ganzen Leben, trotz aller Härten, Schwung und Würde. Von der Uebergangszeit, die zwischen dem Sturze des ersten Napoleon und der Gründung des preussisch-deutschen Nationalstaates liegt, läßt sich das bekanntlich nicht in diesem Umfang sagen. Die Erinnerungen an die Schmal'sche Denunciation, an die Demagogie, an unsere Rolle auf den Congressen zu Troppau, Laibach, Varren, zu Karlsbad und in der Eichenheimer Gasse sind für „Inbälmsbetrachtungen“ wenig geeignet. Das Preußen der Befreiungskriege wurde nun bald das Stichblatt aller liberalen Hergensergüsse, der Prügeltaube der freisinnigen Presse; und mochte dabei ein gutes Theil von „Bornliebe“, von negativer Anerkennung unserer hohen Verfassung mit unterlaufen, es blieb für das Volksebewußtsein immerhin ein unliebsamer, verflämender Eindruck zurück. Man hat von guter Seite her an die ungeheure Schwierigkeit unserer damaligen Lage erinnert; man hat entschuldigend die geräuschlose, bescheidene, aber darum nicht weniger segenreiche Thätigkeit erinnert, welche sich im Innern während unseres „russischen Basallenthums“ und unserer „Metternich'schen Schergenendienste“ gleichwohl vollzog. Gewiß sehr mit Recht. Der Wiener Congress hatte uns eine Aufgabe gestellt, so schwer und scheinbar undankbar, wie nur traditionelles Mißtrauen und Neid sie dem Rivalen gerecht machen konnte. Nicht weniger als neun verschiedene „Staaten“ hatten die, spärlich genug zugemessene Entscheidung, für unsere Verluste hergeben müssen: Die Republik Danzig, das Großherzogthum Warschau, die Könige von Sachsen und Westphalen, die Großherzogthümer Berg und Darmstadt, das Herzogthum Nassau, das Königreich Schweden, das Kaiserthum Frankreich. In zwei gänzlich getrennten Massen, mit weit gestreckten offenen Grenzen berührten diese künftlich zusammengefügten Gebiete die drei großen Monarchien Europas. Ueberall im Innern hatte es die Regierung mit jähem Ueberlieferungen früherer Zustände zu thun, die sich gegen die moderne Staatseinheit sperrten. Wenige zurückgewonnene Gebiete abgerechnet (z. B.

Halle, die Grafschaft Mark), war in den „neuen Provinzen“ von preussischen Sympathien wenig zu spüren. In Neuenburg trat man 1815 die preussischen Adler in den Roth; am Rhein sprach man, wie jeder Tourist weiß, noch bis zum Jahre 1864 von „den Preußen“ (nämlich der Armee) in dritter Person, in Vorpommern mochte man die guten, bequemen Tage der Schwedenzeit nicht vergessen, in Posen spreulerten die Polen auf den ritterlichen Kaiser Alexander, den restitutor Poloniae. Dazu überall erdrückende Kriegsschulden, Handel und Industrie erst durch die Continentalperre, dann durch die chaotischen Grenzverhältnisse und das erdrückende Uebergewicht Englands ruiniert, eine allgemeine Entwerthung der Arbeit, der Producte, des Bodens, wie man sie seit Menschenalter nicht erlebt. Selbst die Beamten Friedrichs des Großen hatten nach dem siebenjährigen Kriege und nach der Erwerbung Westpreußens so schwierige Aufgaben nicht zu lösen gehabt. Es galt die Finanzen zu ordnen und gleichzeitig nach zwei Seiten hin durch große Festungsbauten die Grenzen zu schützen, die Armee zu reorganisiren, in dem bunten Durcheinander der neuen Gebietstheile preussische Verwaltung und preussisches Recht zu begründen, ohne die Localinteressen zu schwer zu reizen, eine Industrie zu schaffen, überall nach den furchtbaren Erschütterungen des zwanzigjährigen Weltkrieges die ersten Grundbedingungen bürgerlichen Gedeihens zu sichern. Wie gewissenhaft, wie nachhaltig und im Ganzen geschickt diese Aufgaben gelöst worden sind, wird die Geschichte dem künftigen, ersten Monarchen und seiner intelligenten, arbeitssamen Bureaucratie nicht vergessen dürfen. Während unsere „große Politik“ (lucus a non lucendo) damals leider gegen die Anfänge der deutschen Nationalbewegung für Deutschland Mittel dienste übernahm und auf den europäischen Congressen russische Protokolle unterschrieb, stellte im Innern die Valuta, der Credit sich, wurden die Anfänge des Zollvereins dem Particularismus und dem Neide Oesterreichs abgerungen, entwickelte sich unsere Industrie am Rhein, in Westphalen, in Sachsen und Schlesien, gewann unser höheres Unterrichtswesen, unter Altensteins Aufspicien,

seine weithin leuchtende Weltbedeutung, wuchs in unseren wohlfeilen und viel belachten Friedensarmeen das Material für großartigen Reorganisations- und Leistungen der jetzigen Heldenepoche heran. Die Adern des Nationalkörpers füllten sich wieder mit Blut, die Muskeln dehnten sich. Dem außerhalb der Bureaucratie stehenden Beobachter ward es nicht leicht gemacht, diese in der Stille sich vollziehenden guten Dinge unbefangen zu würdigen, und was uns Altpreußen, nicht mehr Ost- und Westpreußen, angeht, (die 1829 auch amtlich vollzogene Wiedervereinigung des alten Ordenslandes war nur die Anerkennung des thatsächlichen Verhältnisses), so hatten es unsere Väter in dieser Beziehung noch schwerer als die andern Unterthanen des Staates. Kein Billig-Denkender wird unsere Verwaltung verurtheilen dürfen, wenn sie die recht sehr beschränkten Kräfte des Staates in erster Linie den neuen Landes- theilen zuwandte, deren Vertrauen erst noch zu gewinnen war. Was Schlesien, dann Westpreußen für Friedrich den Großen, das waren in erhöhtem Maße Sachsen und die Rheinprovinz für Friedrich Wilhelm III. Da galt es die Gemüther zu öffnen, Hitzquellen zu erschließen, durch die festen Klammern der materiellen Interessen neuen und alten Völk zu verbinden. Es war nur zu begreiflich, wenn darüber die Sorge für den fernen Nordosten anfänglich zurücktrat, zumal die bevorzugte Natur und Lage der westlichen Landestheile für jede Aufwendung weit reichlicher und sicherer Lohn in Aussicht stellte und gewährte. So bedeckten sich die Rheinprovinz, Westphalen, Sachsen, Schlesien, die Mark und nach und nach mit Kunststraßen, während man bei uns, nach der Väter Weise, sich abwechselnd durch Roth und Sand durcharbeitete. So entkamen dort in den dreißiger und vierziger Jahren Eisenbahnen, als bei uns kaum die nöthwendigsten Chaussees nach und nach gebaut wurden; erhoben sich, vielfach mit Staatshilfe, Fabriken, zu deren Förderung wir noch obenin von unserer Armuth die Schutzgölle mit tragen mußten, nach dem Wort: „Wer da hat, dem wird gegeben.“ Aber das war noch nicht das Schlimmste. (Fortf. folgt.)

mehr als einer Beziehung fordern jene Jahre überhaupt zu einer Vergleichung mit dem entsprechenden letzten Regierungsabschnitt Friedrich Wilhelms III. heraus. Das eine wie das andere Mal hatte ruhmvolle, schwer erkaufte Rettung eine Periode verlustreicher Kämpfe gekrönt. Hier wie dort wurde fortan der Erhaltungs des Friedens, innere Herstellung des Landes das überall maßgebende Lebensziel eines alternden, schwer geprüften Monarchen. Friedrich Wilhelm III., wie Friedrich der Große, hatte gegen übermächtige Nachbarn die Interessen und die Sicherheit eines Staates zu wahren, dessen materielle Kräfte weitaus in keinem Verhältnisse standen zu seiner nationalen, historischen Aufgabe. In beiden Epochen wuchs unter der Hülle der alten Verhältnisse eine neue Zeit heran, mit weiter gehenden Bestrebungen und andern Anschauungen, zu denen der Staat früher oder später Stellung zu nehmen hatte und nahm. Aber wie verschieden hat diese Stellung des offiziellen Preußen sich zwischen 1763 und 1781, und zwischen 1815 und 1840 gestaltet: In den sechziger und achtziger Jahren durchzog der kosmopolitische Humanitätsgedanke die Gemüther, von der Revolution, wie ein erster, warmer Frühlingshauch den Äquinoctialstürmen vorangeht. Alles für das Volk, für die Menschheit! war der Ruf und der Gedanke der Staatsmänner wie der Schriftsteller; und wenn die ersten hinzusetzten, „aber Nichts durch das Volk“, so hatten die Philosophen einstweilen wenig dagegen. Gute Gesetze, gute Polizei, gute Beamte waren allmächtig, und der alte ruhmgeliebte Preußenkönig galt der öffentlichen Meinung als der verkörperte Genius des Jahrhunderts. So war denn auch Friedrichs Politik bis zuletzt, bei aller Vorsicht und Friedensliebe, durchaus nicht resignirend und kleinlich. Wenn er weit entfernt war, für Polen zum irrenden Ritter des Nationalitätsprinzips zu werden, so stieg er als hinfälliger Sechshundschiger noch einmal zu Pferde, um für die Zöllner der Zukunft in Deutschland die Bahn frei zu halten. Damit blieb denn auch in den Preußen das Hochgefühl des Großstaatsbürgers lebendig, und gab den räumlich und politisch

EL. 93. Rationing in Dacca.